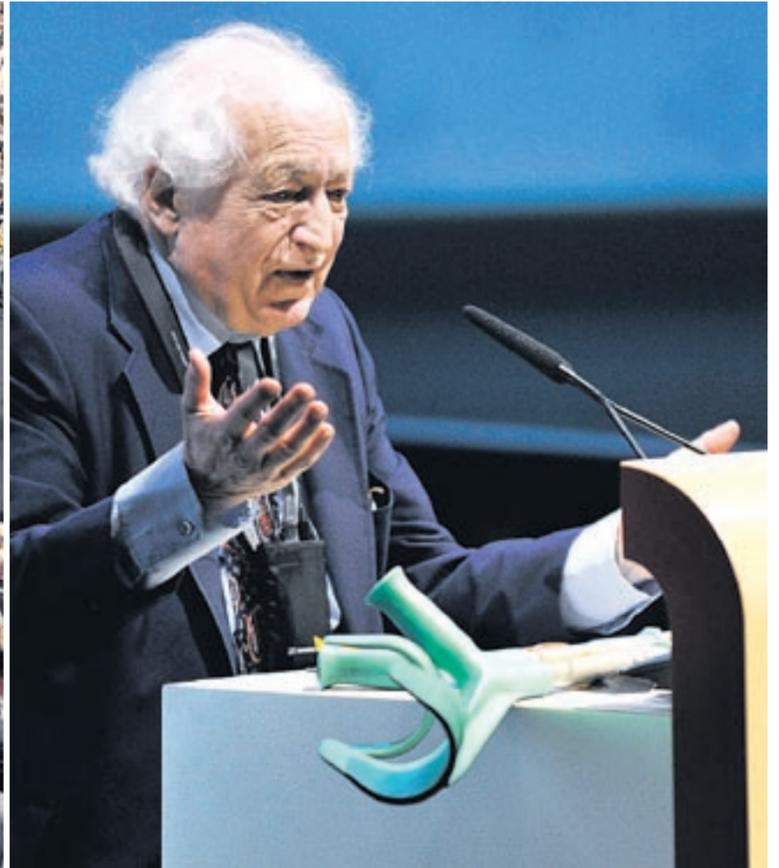


## WER NOCH NICHT AUFATMEN KANN

Die Verweigerung der Decharge für das Jahr 2007 betrifft 22 Männer und eine Frau, die in diesem Jahr im Verwaltungsrat (VR) oder der Geschäftsleitung der Bank sassen. Einige Funktionen wurden im Verlauf des Jahres von verschiedenen Leuten bekleidet:

- Marcel Ospel, VR-Präsident
- Stephan Haeringer, VR-Vize
- Ernesto Bertarelli, VR
- Peter Davis, VR
- Gabrielle Kaufmann-Kohler, VR
- Sergio Marchionne, VR
- Rolf A. Meyer, VR
- Helmut Panke, VR
- Peter Spuhler, VR
- Peter Voser, VR
- Lawrence A. Weinbach, VR
- Jörg Wolle, VR

- Peter Wuffli, Konzernchef
- Marcel Rohner, Konzernchef
- Clive Standish, Finanzchef
- Marco Suter, Finanzchef/VR
- Peter Kurer, Generalsekretär
- Raoul Weil, Chef Vermögensverw.
- Huw Jenkins, Chef Investmentbank
- John A. Fraser, Chef Asset Manag.
- Joe Scoby, Chef Risikoabteilung
- Walter Stürzinger, Chef Dienste
- Rory Tapner, Chef Asiengeschäft



Knapp 5000 Aktionäre, die fast zwei Drittel des Kapitals vertraten, strömten in die St.-Jakobs-Halle. Dutzende Kleinaktionäre nutzten das Podium und machten dem Ärger Luft.

**LEITARTIKEL:** JANN LIENHART ÜBER DIE GESCHICKTE ABSTIMMUNGSTAKTIK DER UBS-AKTIONÄRE

# Für Villiger ist es eine Ohrfeige, aber auch eine Chance

Das hat man den UBS-Aktionären nicht zugetraut. Sie haben gestern mit der Verweigerung der Decharge für das Jahr 2007 der aktuellen UBS-Führung eine Ohrfeige erteilt, die man durchaus historisch nennen darf. Immerhin hat das sonst so lammfromme Aktionariat den Aufstand gegen eine gut verankerte und profilierte Unternehmensführung gewagt. Das eine Nein allein wäre jedoch noch kein Grund, von der gestrigen UBS-Generalversammlung besonders überrascht zu sein. Verblüffend macht sie erst, wie die Aktionäre bei allen anderen Traktanden gestimmt haben. Wie wenn es eine lang vorbereitete und wohlüberlegte Taktik gäbe, fielen die Abstimmungsergebnisse aus. Das Signal, das davon ausgeht, ist jedenfalls erstaun-

lich differenziert und trotzdem unmissverständlich.

So haben die Aktionäre mit ihrem Ja zum Geschäftsbericht und der Decharge für das vergangene Jahr Verwaltungsratspräsident Kaspar Villiger und CEO Oswald Grübel das Vertrauen ausgesprochen. Gleichzeitig jedoch haben sie mit ihrem knappen Ja zum Entschädigungsbericht deutlich gemacht, dass sie den eigenmächtigen Ausbau des Bonusprogrammes nicht goutieren. Ebenfalls genau durchdacht scheinen das Ja zur Decharge für das Jahr 2008 – als der Schaden bereits angerichtet war – und das Nein für 2007 gefällt worden zu sein. Offenbar wollten die Aktionäre die Bank soweit wie möglich schonen, gleichzeitig jedoch auch die Leute, die für das Debakel verantwortlich sind,

nicht ungeschoren davonkommen lassen. Insbesondere für Marcel Ospel ist das die klare Botschaft.

Die Bank als Institution geschont, die Verantwortlichen benannt und die jetzige Führung ermahnt: Die Aktionäre haben mit dieser Differenzierung geschafft, woran das Duo Villiger/Grübel vor allem im Vorfeld der Generalversammlung noch gescheitert ist. Sie haben der Bank nicht geschadet und trotzdem die Augen vor der unappetitlichen Vergangenheit nicht einfach zugedrückt. Dieser Aufstand der Aktionäre wird zudem Konsequenzen haben. Verwaltungsratspräsident Kaspar Villiger wird nämlich bis zur nächsten Generalversammlung öffentlich darlegen müssen, warum er gegen

Ospel & Co. keine Klage einreichen will. Dazu wird er alle Verdachtsmomente glaubhaft ausräumen müssen. Gelingt ihm dies nicht, wird er selbst für die Bank zur Hypothek.

Für den ehemaligen Bundesrat jedoch ist das Verdikt der Aktionäre nicht nur eine Niederlage, sondern auch eine Chance. Denn der Nichtbankfachmann Villiger wurde zuvor mehrfach als Befehlsempfänger von Vollblutbanker Grübel dargestellt. Jetzt jedoch besteht die Möglichkeit, dass der Quereinsteiger seinen Einfluss ausbauen kann. Seit gestern kann der ehemalige Politiker, der wohl auch als ethisches Feigenblatt zur Grossbank geholt wurde, gegenüber dem ehemaligen CS-Chef mit dem jetzigen UBS-Aktionariat drohen: «Oswald, wenn wir das Bonuspro-

gramm nochmals erhöhen, dann gibts wieder Ärger.»

Das wiederum gibt zur Hoffnung Anlass, dass die UBS wenigstens in den nächsten Jahren nicht aktiv den Bonuswettbewerb anheizt und auch nicht die Risikobereitschaft steigert. Mehr zu hoffen gibt es jedoch nicht. So ist es trotz dem gestrigen Entscheid sehr unwahrscheinlich, dass die UBS ihre Entschädigungen im vernünftigen Rahmen halten und Marcel Ospel für sein Versagen büssen wird. Insofern sind die gestrigen Entscheide nur ein winziger Schritt. Doch sie sind ein. Und dazu auch eine Aufforderung an die Politik, das Aktienrecht in Sachen getreue Geschäftsführung zu verschärfen, was auch die gestern erfolgreiche Aktionärsdemokratie stärken wird. [jann.lienhart@dienordostschweiz.ch](mailto:jann.lienhart@dienordostschweiz.ch)

## «Historischer, aber wohl nur symbolischer Akt der Aktionäre»

Die früheren Verantwortlichen der UBS wurden für das Jahr 2007 nicht entlastet. Sind Sie überrascht?

**Peter V. Kunz, Professor für Wirtschaftsrecht:** Nach dem Verlauf, den die Generalversammlung zuvor genommen hatte, war der Entscheid überraschend. Insbesondere weil die ebenfalls umstrittene Decharge für das Jahr 2008 erteilt wurde. Die Aktionäre haben eine klare Unterscheidung zwischen 2007 unter Marcel Ospel und 2008 unter Peter Kurer gemacht.

Wessen Stimmen waren entscheidend? Die Kleinaktionäre hatten keinen Einfluss. Die Grossaktionäre und

vermutlich auch der Staatsfonds von Singapur haben klar gezeigt, dass sie das Jahr 2007 nicht auf sich beruhen lassen wollen. Das kann auch als eine kleine «Abrechnung» mit Marcel Ospel verstanden werden. Es war ja Ospel, der den Staatsfonds dazu brachte, in die UBS zu investieren.

Für 2008 begangene Fehler kann jetzt aber niemand mehr zur Verantwortung gezogen werden?

Für 2008 hat die UBS selbst auf eine Klage verzichtet. Einzelne Aktionäre könnten allerdings noch immer prozessieren – wenn sie eine Klage finanziell tragen können. Zudem muss-

te die Klage innerhalb der nächsten sechs Monate eingereicht werden.

Welche UBS-Aktionäre verfügen denn über genügend Mittel für eine Klage?

Der einzige Aktionär, der sich eine Klage leisten kann, ist Singapurs Staatsfonds. Eine solche Institution prozessiert aber normalerweise nicht, da sie negative Publizität vermeiden will.

Was macht denn eine Klage im Fall der UBS so teuer?

Es ist ein juristisches Problem: Bei einer Verantwortlichkeitsklage hängen die Kosten nicht vom individuellen Schaden des Klägers, sondern

vom Gesamtschaden ab. Wenn dieser 50 Milliarden beträgt, müssen Sie als Kläger also die Kosten für einen 50-Milliarden-Prozess zahlen können.

Das heisst, für eine Klage kommt eigentlich nur die UBS selber in Frage. Der heutige Verwaltungsrat hat sich aber bereits dagegen ausgesprochen. Das ist so. Die Verweigerung der Decharge für 2007 bedeutet auch nur, dass der Verwaltungsrat den Sachverhalt nochmals anschauen muss – er wird nicht zu einer Klage gezwungen.

Bleibt es also bei einem symbolischen Akt der Aktionäre?

Es war ein historischer, aber wohl wirklich nur ein symbolischer Akt. Ich kann mir nicht vorstellen, dass die UBS tatsächlich die Verantwortlichen des Jahres 2007 einklagen wird.

Besteht da nicht eine Rechtslücke? Sollten die Aktionäre einen Verwaltungsrat zur Klage zwingen können?

Nein. Die Aktionäre können beantragen, dass bei der nächsten Generalversammlung der Entscheid über eine Verantwortlichkeitsklage zum Jahr 2007 auf die Traktandenliste gesetzt wird. Würde diese dann beschlossen, müsste der Verwaltungsrat klagen.

INTERVIEW: LUCA DE CARLI

«Die Löhne in der Finanzbranche sind der Ausdruck der Wahrnehmungsstörung einer abgehobenen Berufskaste»



Hans-Jacob Heitz  
Kleinaktionärsvertreter

## Die Parteien werten den Entscheid als klares Signal

Als ein positives Zeichen haben Politiker verschiedener Couleur den Entscheid der UBS-Aktionäre gewertet. SP-Nationalrat **Paul Rechsteiner** bezeichnete die Ablehnung der Decharge für 2007 als «klares Signal». Es könne nun nicht zur Tagesordnung übergegangen werden. Der nächste Schritt sei nun die Einsetzung einer Parlamentarischen Untersuchungskommission (PUK). Die gravierenden Vorgänge müssten nun endlich gründlich aufgearbeitet werden. Zu gross seien die Auswirkungen auf den Schweizer Staat und die Demokratie gewesen.

FDP-Nationalrat **Philipp Müller** richtet den Fokus auf die UBS selber: «Die neue UBS-Führung muss nun ge-

gen die Verantwortlichen des Jahres 2007 klagen.» Es sei vom UBS-Verwaltungsrat «politisch sehr wenig sensibel» gewesen, die Décharges auch für die Jahre 2007 und 2008 zu verlangen. Die FDP des Kantons Zürich teilte mit, sie akzeptiere die von der UBS signalisierte «Rückkehr zur Normalität» nicht. Zuerst müsse die UBS alle toxischen Papiere von der Nationalbank zurückkaufen – «und so den Staat und die Allgemeinheit entlasten».

Er habe diesen Entscheid der UBS-Aktionäre so nicht erwartet, werte ihn aber als gute Überraschung, sagte CVP-Präsident **Christophe Darbellay**. Der Walliser Nationalrat sprach von einem historischen Entscheid. Die

Verweigerung der Decharge sei ein Zeichen an die früheren UBS-Verantwortlichen, dass man auch als Topmanager Verantwortung übernehmen müsse. Nun sei die Geschäftsprüfungskommission des Parlaments gefordert, die Sachlage von A bis Z zu klären. Wenn sie dies nicht schaffe, müsse eine PUK eingesetzt werden.

Der Entscheid der UBS-Generalversammlung zeige, dass die Aktionäre mündig seien und differenziert entscheiden könnten, sagte SVP-Generalsekretär **Martin Baltisser**. Er zeige allerdings auch, dass eine Revision des Aktienrechts, welche den Aktionären mehr Kompetenz einräume, schnell kommen müsse. (sda/red)